

Neue Kernkraftwerke und alte Probleme

Das Nuklearforum lud die Aargauer Ständeratskandidatinnen und -kandidaten zum Podium.



Die Ständeratskandidatinnen und -kandidaten diskutierten über Energiepolitik (von links): Benjamin Giezendanner (SVP), Thierry Burkart (FDP), Marianne Binder (Mitte), Moderator Fabian Hägler, Gabriela Suter (SP) und Irène Kälin (Grüne).
Bild: Dominic Kobelt

Dominic Kobelt

Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, eröffnete den Abend rund um Energiefragen mit einer brisanten Idee: In Birm, wo bis 2026 ein Notkraftwerk steht und danach eine Gasturbine als Reservekraftwerk Stromlücken decken soll, könnte stattdessen ein kleines modulares Kernkraftwerk gebaut werden. «Wir lassen das momentane Reservekraftwerk fünf Jahre länger stehen und bauen statt eines lauten, dreckigen, ein leises und sauberes Kraftwerk», forderte

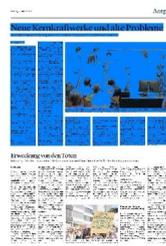
Bechtold. Dies hatte er zuvor schon im sozialen Business-Netzwerk LinkedIn gepostet.

Selbstverständlich waren nicht alle Ständeratskandidatinnen und -kandidaten, die sich der Podiumsdiskussion stellten, mit Bechtolds Vorschlag einverstanden. Insbesondere Irène Kälin (Grüne) und Gabriela Suter (SP) vertraten vehement den Standpunkt, man müsse voll auf erneuerbare Energien setzen. Kälin: «Mit den heutigen Gesetzen ist der Bau eines Atomkraftwerks nicht möglich. Auch wenn ihr uns die Zukunft noch so

schön ausmalt, eine Gesetzesänderung braucht ihre Zeit – ein AKW ist in den nächsten 15 Jahren gar nicht realisierbar.»

Giezendanner: «Wir brauchen günstigen Strom»

Auch Marianne Binder (Mitte) wies darauf hin, dass in Kaiser-augst ein geplantes Kraftwerk am Volkswiderstand gescheitert sei, und fragte Benjamin Giezendanner (SVP): «Wie willst du die Leute überzeugen?» Dieser antwortete: «Darin unterscheiden wir uns, du schaust immer nur zurück,



ich schaue vorwärts.» Ein Kernkraftwerk sei für ihn eine Perspektive. «Wir brauchen CO₂-armen, günstigen Strom, auch für die Wirtschaft, die sonst ins Ausland abwandert.»

Thierry Burkart (FDP) warf der Gegenseite vor, wegen «ideologischer Scheuklappen» nicht offen gegenüber neuen Technologien zu sein. «Wir treten an Ort und Stelle – wir sind eine Moratoriums-Schweiz geworden, die alles verhindert.» So hätten sich etwa die Grünen im Wallis gegen eine alpine Solaranlage gestellt, sagte Burkart. Kälin entgegnete, dass sie zwar nicht aus dem Wallis komme, aber ein gewisses Verständnis habe: «Lokalen Widerstand gibt es fast überall, wo ein Kraftwerk gebaut werden soll – die Walliser haben eine Affinität für ihre Natur und ihre Berge.»

Suter befürchtet «zu viel Energie»

Gabriela Suter erklärte, wenn man die erneuerbaren Energien weiter ausbaue, brauche es kein neues AKW. «Die Verfahren

müssen beschleunigt und die Netze ausgebaut werden, aber wenn wir jetzt ein neues AKW bauen würden, dann hätten wir 2050 plötzlich viel zu viel Strom.» Dafür erntete sie negative Reaktionen aus dem Publikum, das ganz offensichtlich zum grossen Teil die Kernenergie befürwortete.

Giezendanner und Burkart erklärten, der Ausbau der erneuerbaren Energien könnte den Strombedarf in Zukunft alleine unmöglich decken. Der SVP-Transportunternehmer machte ein Beispiel: «Wenn ich meine Fahrzeugflotte elektrifiziere und über Nacht 100 Lastwagen laden will, dann braucht es Bandstrom, und zwar gewaltig viel.» Auch im Winter sei mit Solarkraft alleine nicht genügend Energie vorhanden. Akkus, um die diese zu speichern, seien enorm teuer.

Binder hofft auf Fortschritte durch Forschung

Marianne Binder gab zu bedenken, dass man abwägen müsse: «Ein Kernkraftwerk hat den

grossen Vorteil, dass es kein CO₂ produziert, aber wir müssen dem Volk gut erklären, was mit den radioaktiven Abfällen passieren soll.» Sie sei aber überzeugt, dass durch die Forschung in Zukunft bessere Lösungen möglich würden.

Burkart warb für eine Strommarktliberalisierung, nur so sei ein Austausch mit Europa möglich. Allerdings könne der Strom, der im Winter fehle, nicht durch Importe gedeckt werden. «Ohne neues Kernkraftwerk brauchen wir vier bis fünf Gaskombikraftwerke, und das steht auch so in der Energiestrategie des Bundes.»

Einig wurden sich die politischen Kontrahenten nur in einem Punkt: Ob die Bevölkerung von den Vorteilen der Kernenergie überzeugt und die Gesetzgebung geändert, oder ob voll und ganz auf erneuerbare Energien gesetzt werden soll – der Weg zu einer sauberen und sicheren Stromversorgung ist kein einfacher.